

Jasmin Siri

Medienevolution, Organisation und das politische Selbst

»Vera Lengsfeld antwortet nicht auf unsere Freundschaftsanfrage. Die alten Kampfgenossen sind auch nicht mehr das, was sie mal waren. Hat uns wohl vergessen, seit damals.« (Plattform Linke Opportunisten-Zentristen auf Facebook) Inwiefern der Eintritt ins digitale Zeitalter das Politische und unser ganz individuelles Politisch-Sein verändert, zeigt der folgende Beitrag.

Jasmin Siri

(* 1980) ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ludwig-Maximilians-Universität-München. Sie hat dort mit einer Arbeit über den Wandel der Parteiorganisation und der Parteimitgliedschaft promoviert.

jasmin.siri@soziologie.uni-muenchen.de



Medientheoretikerinnen und -theoretiker sind sich inzwischen weitestgehend einig, dass Medien nicht schlicht Informationen vom Sender zum Empfänger übertragen, sondern immer auch eine eigene Botschaft (Marshall McLuhan) mittransportieren. Wenn wir neue Medien verstehen wollen, reicht es daher nicht aus, sich rein auf die Sachebene zu beziehen, also zu fragen, welche Themen von wem im Medium verhandelt werden. Wir sollten

vielmehr auf das »Wie« achten: Wie kommt im Medium Internet eine politische Kommunikation zustande und was unterscheidet die Politik im neuen Medium von der Politik der Organisation oder der politischen Diskussion unter Anwesenden? Ich werde auf diese Fragen – das sei vorausgeschickt – keine Antwort geben können. Aber ich bin mir sicher, dass bereits eine Annäherung sehr sinnvoll ist, um zu verstehen, wie sich Politik und Medien aktuell verändern – und mit ihnen die Art und Weise, wie Menschen »politisch sind«.

»Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien«, hat der Soziologe Niklas Luhmann geschrieben. Was passiert nun, wenn sich in der medialen Sphäre ein Wandel vollzieht? In gewisser Weise scheint sich im Politischen aktuell

ein Wandel zu vollziehen, der über das, was die Globalisierungstheorie der 90er Jahre beschrieben hat, weit hinaus geht. Während die Organisationen und Institutionen gar nicht so instabil und krisenhaft sind, wie man einst annahm, scheinen sich aktuell vor allem die medialen Formen der Übermittlung politischer Kommunikation zu ändern. Dieser mediale Wandel stellt interaktionale und organisationale Formen nicht radikal infrage, sondern konkurriert mit ihnen um die Beschreibung als »gewöhnliche« politische Umwelt, in der wir alle uns alltäglich bewegen, in der wir lernen, was es über die Welt zu wissen gibt.

Dieses »Wir« ist freilich ein fiktives, bewegen sich doch längst nicht alle in den digitalen Umwelten, denen ich einen Einfluss auf die Lebenswelt und die Rezeption politischer Kommunikation unterstelle. Es geht mir auch nicht um eine Überbewertung der digitalen Welt und damit um eine Abwertung von Organisation und Interaktion unter Anwesenden. So ist es zum Beispiel interessant zu wissen, dass für einen erfolgreichen Wahlkampf in Europa das Internet aktuell eine viel geringere Rolle spielt, als manche denken und schreiben. Bei aller Skepsis gegenüber derlei Überbewertungen des Medienwandels für die konkrete politische Praxis lohnt es sich aber, dem nachzuspüren, was sich in digitalen politischen Welten ereignet, welche medialen Formen und Orte dort eine Rolle spielen, in welches Gewand sich die politische Ästhe-

tik in digitalen Öffentlichkeiten kleidet.

Ein Beispiel: Ich sah vor einigen Tagen auf Facebook einen Link zur Seite der »Proletarischen Plattform« in der Linkspartei (<http://www.proletarische-plattform.org/>). Wenn man die Seite öffnet, prangt oben das Banner »Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein«, links findet sich unter »Diskussion« eine Erklärung der proletarischen Plattform, die unter anderem die »Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Partei von allen bourgeoisen Arbeiterfreunden« und deren »Orientierung auf die deutsche Bourgeoisie als den ›Hauptfeind‹ (Karl Liebknecht) aller Lohnabhängigen in Deutschland« proklamiert. Als theorieinteressierte Soziologin amüsierte mich die Hermetik der hier verwendeten Sprache, die sich mit dem Blog-Stil der Seite und blinkenden Buttons so wenig zu vertragen schien. Ich war mir allerdings unsicher, wie ernst diese Seite gemeint sein konnte und so fragte ich bei der »Plattform linke Opportunisten-Zentristen« nach, die den Link gepostet hatte. Unter dem Motto »Prudentia et Violentia Crudelis« treibt unter diesem Namen auf Facebook der »antibartschistische Widerstand« sein Unwesen (<https://www.facebook.com/plattform.opportunisten>). Es handelt sich um Mitglieder der Partei Die Linke, die tagespolitische und organisationsinterne Themen aus der Perspektive einer fiktiven Splittergruppe der Partei kommentieren. In Bezug auf die ver-

lorene Kommunalwahl in Frankfurt am Main liest sich das beispielsweise so: »Die PLO-Z gratuliert den Kampfgenossen vom Linksruck für die Bewegung der Massen in Frankfurt am Main. Was heute noch 3,8 Prozent sind, wird morgen sicher die Revolution! Die Aufklärung der Massen muss weiter voranschreiten! Das Proletariat muss endlich erkennen, was sein Glück ist!«

So viel also zu zwei Seiten, die sich inhaltlich gar nicht so dramatisch unterscheiden, und die auf ihre je eigene Weise auch beide sehr ernst gemeint sind. Hinsichtlich der »Proletarischen Plattform« konnte ich jedenfalls von den linken Opportunisten erfahren, es handle sich nicht um einen Scherz, sondern um einen ernst gemeinten Versuch der Agitation. Können uns nun diese beiden Seiten etwas über Veränderungen des politischen Lebens sagen? Was bedeutet es, dass überhaupt Seiten in Social Media entstehen, die das politische Leben in Gremien ironisieren? Und was bedeutet es, dass bierernste Seiten für Spaß gehalten werden können? Die auf der Demo verteilte Splitterzeitung kam ja selten in den Verdacht, ein Scherz zu sein...

Irgendwie ist das Politische im digitalen Medium »schräg« geworden: Die neue Piratenpartei konterkariert, was wir über politische Organisationen zu wissen glaubten und die Thematisierung von Idiosynkrasie und Paradoxie obliegt nicht mehr der Kunst oder dem Journalismus, sondern erfolgt, wie beim Beispiel der PLO-Z, gleichsam von »innen« aus der in Social Media auferstandenen Organisation heraus. Diese Entwicklung fällt spannenderweise damit zusammen, dass scheinbar niemand weiß, was es ganz praktisch bedeutet, in der globalisierten Weltgesellschaft zu leben. Die Finanzkrise macht das empirisch mehr als deutlich. Wir wissen heute, dass es eine Weltgesellschaft gibt und die Nationalstaaten an Bedeutung verlieren: Aber was sollen wir jetzt damit anfangen? Zwar werden in Stiftungen wie der FES und anderen Organisationen Menschen sozialisiert, die

von sich überzeugend als Europäer oder Kosmopoliten sprechen können – gleichwohl finden sich dieselben in den nationalen Gremienparteien mit Regionalproporz und anderen Selbstbezüglichkeiten der Organisation konfrontiert.

Damit hat die kosmopolitisch orientierte Globalisierungstheorie der 90er Jahre nicht gerechnet: Es gibt keinen Effekt des Zusammenwachsens, der abnehmenden Fremdheit, kein versöhnliches Element der Gewöhnung an die neue Offenheit und die Spannung zwischen regionalen und globalen Kontexten. Auch Social Media leisten dies nicht: Hier treffen sich vor allem die, die sich sowieso schon kennen und sich politisch, stilistisch und habituell nahe stehen. Relativ isolierte Kontexte des Politischen stehen also nun nebeneinander, sie lassen sich nicht synchronisieren. Was aber in den politischen Diskussionen in Social Media als Effekt der Netiquette immer wieder auftaucht, ist die starke Betonung des »Wie« man miteinander sprechen soll. Die Kommunikation zu Liquid Democracy innerhalb und um die Piratenpartei herum ist hierfür ein schönes Beispiel. Es scheint ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Diskussionen und Konsensfähigkeit zu geben, das die Asynchronität unterschiedlicher interaktionaler, organisationaler und medialer Umwelten dann durchaus als Problem beschreibbar macht. Hier besteht also ein Konfliktpotenzial zwischen der »alten Organisation« – die unter der Gleichzeitigkeit des Unterschiedlichen nicht leidet – und Formen der Kommunikation, die sich aus der digitalen Welt speisen. Und dies könnte auch die »alten« Parteien und ihre (potenziellen) Mitglieder verändern. Umso mehr wird es auch zukünftig notwendig sein, den Wandel der Organisation und Institutionen nicht isoliert zu betrachten: Denn der mediale Wandel beeinflusst unseren Blick auf die Welt, was wir für richtig und wichtig halten, wie und worüber wir sprechen und auch die Organisationen, in denen wir uns bewegen. ■